

FRANZ - VRANITZKY - LECTURES

Das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog

lädt zum Vortrag von

HERBERT BÖSCH

Mitglied des Europäischen Parlaments

HERAUSFORDERUNGEN IM EUROPÄISCHEN FINANZMANAGEMENT

Einleitung:

Franz Vranitzky, Bundeskanzler a.D.

Dienstag | 17. März 2009 | 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog | Armbrustergasse 15 | 1190 Wien

Anmeldungen unter:

Tel.: 3188260/20 | Fax: 318 82 60/10 | e-mail: einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Herbert Bösch

1978 Studienabschluss der Soziologie und Politologie an der Universität Konstanz; 1978-79 Landesstellenleiter des Dr. Karl Renner Institutes in Vorarlberg; seit 1980 Bediensteter der Landeshauptstadt Bregenz (karenziert); 1989-94 Mitglied des Bundesrates; 1994-96 Abgeordneter zum Nationalrat; seit 1995 Mitglied des Europäischen Parlaments; seit 2007 Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments. Herbert Bösch ist auch Mitglied in der Konferenz der Ausschussvorsitzenden, im Haushaltsausschuss, im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Chile, und stellvertretendes Mitglied im Landwirtschaftsausschuss und im Parlamentarischen Kooperationsausschuss EU-Ukraine.

Franz Vranitzky

geboren am 4. Oktober 1937 in Wien. Studium an der damaligen Hochschule für Welthandel, 1960 Abschluss mit dem Diplomkaufmann, Promotion 1969 zum Doktor der Handelswissenschaften. 1961 Nationalbank. 1970 wirtschafts- und finanzpolitischer Berater der Regierung Kreisky, 1976 Wechsel zur Creditanstalt-Bankverein als stellvertretender Generaldirektor, 1981-1984 Generaldirektor und Vorstandsvorsitzender der Länderbank. 1984-1986 Bundesminister für Finanzen. 1986 löste Franz Vranitzky Fred Sinowatz als Bundeskanzler ab, nach Neuwahlen im Herbst 1986 wurde im Jänner 1987 eine große Koalition mit der ÖVP unter der Leitung Vranitzkys gebildet, 1987-1997 Bundeskanzler der SPÖ-ÖVP-Koalition, 1988-1997 Bundesparteivorsitzender der SPÖ, 1997 OSZE-Sonderbeauftragter für Albanien. 1997-2003 Konsulent der Westdeutschen Landesbank.

Franz Vranitzky ist Ehrenpräsident des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog.

Franz Vranitzky

Guten Abend, meine Damen und Herren. Vielleicht eine kleine Wiederholung für die Damen und Herren, die das noch nicht wissen. Ich habe vor fünf Jahren den Präsidentenposten im Bruno Kreisky Forum zurückgelegt, weil ich der Auffassung war, es ist schon Zeit, und habe das lange genug gemacht. Und die lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Vorstandsmitglieder haben mir daraufhin eine Freude gemacht und haben zweierlei erfunden, erstens einen Ehrenpräsidenten, der ich mittlerweile bin, und zweitens haben sie Franz Vranitzky Lectures erfunden, so dass mir alles gelungen ist, nur nicht mich zurückzuziehen. Daher ist es mir eine ganz besondere Freude, Sie heute hier zu begrüßen und den Redner der heutigen Franz Vranitzky Lecture vorzustellen. Es ist ein langjähriger Freund von mir, ein langjähriger Weggefährte, Herbert Bösch, Abg. zum Europäischen Parlament, er war aber auch im österreichischen Parlament, er war im Bundesrat, er war im Nationalrat, er war Leiter des Renner Instituts in Vorarlberg. Und er ist jetzt Mitglied des Europäischen Parlaments, seit dem Jahr 2007 Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments. Er ist auch Mitglied in der Konferenz der Ausschussvorsitzenden, im Haushaltsausschuss, im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Chile und stellvertretendes Mitglied im Landwirtschaftsausschuss und im Parlamentarischen Kooperationsausschuss EU-

Ukraine. Sie sehen also, das Europäische Parlament lebt mindestens so wie das österreichische Parlament mit sehr, sehr vielen Ausschusstätigkeiten und anderen Lebenszeichen.

Ich möchte das sehr einfach formulieren. Der Abgeordnete Herbert Bösch ist eigentlich in erster Linie der, der im Europäischen Parlament und darüber hinaus in dem europäischen Getriebe nach dem Rechten sieht, wenn es um Finanzielles geht. Da hat er viele Lorbeeren geerntet bisher, aber wie wir uns alle vorstellen können, wenn jemand sehr genau aufs Geld schaut, ist nicht jeder erfreut und einverstanden, der das Geld hat oder der es bezieht und verwendet. Und daher gibt es immer wieder Debatten darüber. Wenn jemand hier anwesend ist, der sich den Luxus leistet, die Kronenzeitung in Österreich zu lesen, dann weiß er sicher auch, dass es dort Kommentatoren oder zumindest einen Kommentator gibt, der seinerseits die Finanzgebarungen in der Europäischen Union unter die Lupe nimmt und auch diejenigen oder denjenigen, die für die Kontrolle der Finanzgebarung zuständig sind und ist, auch unter die Lupe nimmt, weil die wiederum den Kommentator gelegentlich unter die Lupe nehmen. Jeder will natürlich Recht haben. Der Unterschied ist, dass der eine seriös arbeitet und seinen Abgeordnetenkollegen berichtet und der andere eine zwei Millionen große Leserschaft hat und in dieser Zeitung nicht nur Kommentare geschrieben werden sondern auch Leserbriefe, und die Leserbriefe sich wieder auf die Kommentare beziehen. Und das spielt sich dort so ab, dass jeder - sowohl die Leserbriefschreiber wie die Kommentatoren - einander Recht geben. Also sozusagen in einer Österreich weiten Kronenzeitungsabstimmung beschließen die immer, wer Recht hat. Und das ist eigentlich eine recht gute Voraussetzung, dem Herrn Abgeordneten Bösch heute zuzuhören. Ich füge noch hinzu, er ist - und das ist wahrscheinlich nicht einmal nicht selbstverständlich sondern ein Austriakum. Welcher Abgeordnete, wenn nicht ein Vorarlberger, könnte ein Finanzfuchs und ein Kontrollor sein? Mir hat jemand vor kurzem gesagt, Gott sei Dank, ich bin Wiener. Gott sei Dank ist das ein Vorarlberger, weil ihr Wiener seid zu oberflächlich zu so was. Also, lieber Herbert, ich bitte dich ans Rednerpult, heiße dich herzlich willkommen, freue mich, dass du da bist, und bin schon sehr gespannt, wie du deine Rolle hier als Aufdecker erfüllen wirst.

Herbert Bösch

Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für diesen netten Empfang. Nachdem ich weiß, wer das Bruno Kreisky Forum ist und auch die Vranitzky Lectures mitbekommen habe, sage ich es ganz unumwunden, es ist für mich eine große Auszeichnung, heute vor Ihnen stehen zu dürfen. Ich sehe da auch ein paar nette Gesichter, die ich zum Teil aus den verschiedensten Bereichen kenne und die ich zum Teil auch aus Brüssel ganz gut kenne. Wir haben auch dort sehr hervorragende Beamte gehabt, über die man auch nicht viel berichtet hat in Österreich. Aber das sind wir schon so gewöhnt. Ich bin sehr dankbar, gerade auch zu einem Zeitpunkt auch über europäische Finanzen und ihre Kontrolle reden zu dürfen, wo wahrscheinlich in den nächsten Wochen gerade im Vorfeld der europäischen Wahlen wieder sehr viel Unsinn geschrieben werden wird und sehr viel dummes Zeug von sich gegeben wird. Ich glaube, wie sind unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern dreizehn Jahre nach unserem Beitritt zur Europäischen Union eine etwas andere qualitativen Auseinandersetzung mit dem Thema Europa schuldig.

Wenn ich über die Kontrolle der europäischen Finanzen sprechen darf, dann muss ich ein bisschen eingehen auf die Zusammensetzung dieses europäischen Haushaltes. Wir haben einen doppelten Haushalt. Wir haben auf der einen Seite Verpflichtungsermächtigungen, das ist der etwas größere Haushalt, und Zahlungsermächtigung, das ist der etwas kleinere Haushalt, einen Haushalt mit Verpflichtungsermächtigungen in der Größenordnung von 133,8 Milliarden Euro oder 1,03% des Bruttonationaleinkommens der Europäischen Union. Sie können sich erinnern an die unsäglichen Debatten, als es um den Finanzrahmen der Europäischen Gemeinschaften für die Jahre 2007 bis 2013 ging, als es auf einmal auch in der österreichischen innenpolitischen Debatte darum ging, 1%, mehr darf er nicht kosten dieser Haushalt, als man das zum 11. Gebot erhoben hat. Dann habe ich gesagt, ja Leute, wenn ihr das so genau machen wollt, dann lasst es Buchhalter machen und hört auf, über Politik zu reden. Die können das viel besser. Denn, was zu kurz gekommen ist bei der Debatte, war natürlich, wo ist denn europäischer Mehrwert? Welche Programme können auf europäischer Ebene besser umgesetzt werden? Was kann besser erreicht werden im Bereich der Europäischen Union? Was können Nationalstaaten besser? Und interessanterweise gab es bei den Staats- und Regierungschefs, die sich damals unterhalten haben über diesen neuen Finanzrahmen, der über die nächsten sieben Jahre knapp eine Billion Euro ausmachen wird, haben sich relativ schnell verständigt bei den Programmen, die national zurechenbar waren. Das ist einmal Agrarpolitik. Das sind Strukturpolitiken. Weil das war natürlich auch national relativ schnell nachvollziehbar. Ich habe für meine Bauern das Geld wieder zurückbekommen. Also im Jahr 2007 waren das gegen 1,2 Milliarden Euro, die nach Österreich zurückgeflossen sind zu unseren Bauern oder zu bäuerlichen Einrichtungen. Insgesamt waren es etwa 1,6 Milliarden. Oder eben Strukturfonds, wenn da irgendwelche Gewerbeparks im Burgenland oder sonstwo gebaut werden, das lässt sich zurechnen. Dort, wo europäischer Mehrwert drinsteckt, z.B. transeuropäische Netze, das lässt sich offenbar weniger zurechnen. Studentenprogramme, höchst erfolgreich, Erasmus. Es war das Europäische Parlament - ich möchte das nur als Fußnote andeuten -, das verhindert

hat, dass im Europa der 27 zwischen 2007 und 2013 in absoluten Zahlen weniger Studenten im Erasmus-Programm studieren gehen können, als das im Europa der 15, Finanzperiode 2000 bis 2006, der Fall war. Und ich höre dann immer in diesen Sonntagsreden sehr viel über, wir müssen endlich diesen Bildungsrückstand gegenüber Japan, gegenüber Amerika, aufholen. In Programmen, wo wirklich nur Europa helfen kann - Studentenaustausch geht halt nur europäisch, da ist die nationale Weisheit am Ende angelangt. Aber das wäre eine Debatte, zu der wir dann noch im Gespräch kommen können. Denn das hat sicher auch etwas zu tun mit der Eigenkapitalisierung oder Eigenfinanzierung der Europäischen Union.

Das ist der europäische Haushalt. Die Größenordnung etwa 1% des Bruttonationaleinkommens.

Zur Kontrolle dieses Haushaltes gibt es verschiedene Akteure. Und die möchte ich Ihnen heute Abend etwas näher bringen.

Da ist auf der einen Seite mal das Finanzmanagementsystem, das in einem hohen Ausmaß geprägt wird vom so genannten Rat, also von den Mitgliedsstaaten. Und da natürlich vertreten durch die Finanzminister. Diese Mitgliedsstaaten nehmen viele verschiedene Rollen in diesem Finanzmanagement der Europäischen Union wahr. Sie erlassen Gesetze, sie handeln den Haushaltsplan aus, sie zahlen in den Haushalt ein, sie verwalten den größten Teil des Haushalts im Rahmen der so genannten geteilten Mittelverwaltung. Sollte man nicht vergessen, 80% dieses Haushalts bestehen aus Agrarpolitik und Strukturfonds. Und die werden über die Mitgliedsstaaten abgewickelt, nicht über Brüssel. Das sage ich in Klammern auch dazu, falls wieder jemand in irgendwelchen kleinen Zeitungen darüber berichtet, wo die großen Skandale stattfinden. Früher hat man gesagt, wo ka Geld, ka Musi. Also wo das Geld nicht ausgegeben wird, kann ich auch nicht betrügen. Also in 80% der Fälle finden die Dinge nicht in Brüssel statt sondern halt in den Mitgliedsstaaten dieser Union. Aber okay, darauf können wir auch noch später zurückkommen. Und die Mitgliedsstaaten sollten diesen Haushalt auch noch kontrollieren. Diese Funktionen werden also von den Mitgliedsstaaten ausgeübt.

Dann gibt es als zweiten Akteur die Europäische Kommission als Exekutivorgan in diesem konstitutionellen Gefüge Europas. Die Kommission führt den Haushalt, wie in Artikel 264 des Vertrages festgelegt, in eigener Verantwortung aus. Im selben Artikel wird allerdings auch festgelegt, dass die Mitgliedsstaaten mit der Kommission zusammenarbeiten müssen. Diese Aufteilung der Aufgaben, nicht der Verantwortung, ist der Ursprung für die geteilte Mittelverwaltung. In der Praxis bedeutet dies, dass 80% des EU-Haushaltes von Behörden und Organen ausgegeben werden, die zu den Mitgliedsstaaten gehören und sich dort befinden oder genauer gesagt, von tausenden Beamten der Mitgliedsstaaten, deren berufliche Perspektive in den Händen der nationalen Verwaltungshierarchie und nicht der Europäischen Kommission liegt. Da gibt es überhaupt keine Loyalität zwischen einem österreichischen Beamten irgendwo in einer Landesverwaltung und denen in Brüssel. Aber auch auf das werde ich noch zurückkommen.

Ein weiterer wichtiger Akteur ist natürlich der Europäische Rechnungshof. Der Rechnungshof ist zuständig für die externe Finanzkontrolle der Europäischen Union. Seine Rolle besteht darin, das Parlament und den Rat bei der Ausübung der Kontrollbefugnisse beim Haushaltsvollzug zu unterstützen.

Schließlich ist da noch das Parlament. In Artikel 276 des Vertrages heißt es, "Auf Empfehlung des Rates (also in dem Fall der Finanzminister) erteilt das Europäische Parlament der Kommission Entlastung zur Ausführung des Haushaltsplanes." Wir sind jetzt gerade mitten in diesem Entlastungsverfahren. Sie haben vielleicht auch in aufgabenstarken kleinen Zeitungen darüber gelesen, dass wir derzeit aber eher ein Problem mit dem Rat haben als mit der Kommission. Wir glauben nämlich, dass man beim Herrn Solana ein paar Konten anschauen sollten, die er uns nicht zeigen will. Ist für ein neutrales Land ja auch einmal eine interessante Geschichte, wenn man das Thema von dieser Seite aufrollen möchte. Am Ende des Verfahrens entscheidet das Parlament, ob es der Kommission die Entlastung erteilt oder verweigert und nimmt eine Entschließung an, in der es seine Stellungnahme zur Ausführung abgibt und Veränderungen an den aktuellen Verfahren und Praktiken vorschlagen kann. Formell bedeutet eine Entlastung einfach das, was wir aus Parteien, aus Vereinen kennen. Wenn am Ende der Jahreshauptversammlung die Rechnungsprüfer aufzeigen und sagen, wir haben die Konten geprüft, wir stellen den Antrag, den Vorstand, den Obmann, die Obfrau zu entlasten.

Die vielen Akteure, die Komplexität der Verfahren und das Recht der europäischen Steuerzahler auf Information verpflichten uns, drei wesentliche Herausforderungen ins Auge zu fassen, nämlich die Einführung nationaler Verwaltungserklärungen, eine Stärkung des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments, eine Reform des Europäischen Rechnungshofes. Ohne Fortschritte in diesen drei Bereichen laufen wir Gefahr, dass aus der parlamentarischen Kontrolle eine bedrohte Art werden könnte.

Erste Herausforderung, nationale Verwaltungserklärungen. Ich habe bereits die geteilte Mittelverwaltung angesprochen und die verschiedenen Hürden, die die Minister und die Mitgliedsstaaten im Brüsseler Institutionengefüge tragen. U.a. erlassen laut Haushaltsordnung, Art. 53b, "die Mitgliedsstaaten alle Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die erforderlich sind, um die finanziellen Interessen der Gemeinschaften zu schützen". Dass jemand verpflichtet ist, in bestimmter Weise zu handeln, heißt deshalb nicht zwangsläufig, dass dies auch geschieht. Darum betont das Europäische Parlament seit 2005, dass es besser darüber informiert sein muss, wie die Mitgliedsstaaten ihren Teil der Arbeit erledigen. Die Forderung des Parlaments nach besseren Informationen aus den Mitgliedsstaaten ist auch deswegen gerechtfertigt, weil jedes Jahr der Europäische Rechnungshof in seinem Jahresbericht feststellt, dass die Kontrollsysteme der Mitgliedsstaaten betreffend Verwendung europäischer Mittel nur bedingt wirksam sind. Für Außenstehende klingt das möglicherweise nicht besonders dramatisch. Doch es ist es. Wegen nur bedingt wirksamer Kontrollsysteme in den Mitgliedsstaaten lag die Fehlerquote bei den Strukturfonds, also ein Bereich von etwa 40% des europäischen Haushaltes, im Jahr 2006 bei 12% und 2007 bei 11%. Wir können es frei übersetzen bei etwa 4 Milliarden Euro. Diese Prozentzahlen sind keine Schätzung des Betragsvolumens. Dem Rechnungshof zufolge bedeuten sie, dass 12% bzw. 11% des Betrages, der insgesamt in strukturelle Maßnahmen zurückgeflossen ist, nicht hätten erstattet werden dürfen. Anders gesagt, einige Mitgliedsstaaten oder Akteure in Mitgliedsstaaten haben mehr Geld erhalten, als ihnen zugestanden ist. Bitteschön, 4 Milliarden, ich komme aus einem sehr kleinen Bundesland. Wir haben ein Jahresbudget von 1,3 Milliarden. Also das ist etwa drei Mal der Vorarlberger Haushalt. Das ist der Grund für die Forderung des Parlaments nach so genannten nationalen Verwaltungserklärungen. Wir wollen, dass die Mitgliedsstaaten mit der Unterschrift der Finanzminister erklären, dass Kontrollsysteme bestehen und dass man davon ausgeht, dass sie wirksam sind. Wir haben ferner vorgeschlagen, dass es sinnvoll wäre, wenn die nationalen Kontrollstellen ein Prüfungsurteil zur Qualität der nationalen Verwaltungserklärung abgeben. Die Vorschläge sind rundum abgelehnt worden von den Mitgliedsstaaten. Die haben gesagt, das machen wir nicht. Inklusiv unserer schönen Heimat. Hats einfach verweigert, das überhaupt zu behandeln.

Und die Rechnungsprüfungsorgane sehen sich sehr oft als sehr unabhängige Einrichtungen und haben von da her sehr oft ein bisschen Angst davor, dass man ihre Unabhängigkeit einschränken könnte. Für mich ist es klar, dass die Rechnungsprüfungsorgane unabhängig sein müssen. Aber ich verstehe eigentlich nicht, warum die nationalen Parlamentarier die einzelstaatlichen Rechnungsprüfungsorgane, die doch eigentlich nur dazu bestehen, um die Parlamente zu unterstützen, nicht auffordern, ihre Unabhängigkeit so zu handhaben, dass ein besseres Finanzmanagement auf europäischer Ebene besser ermöglicht wird.

Wenn man nicht an die Macht des Faktischen glauben würde, müsste man eigentlich in meiner Funktion eh verzweifeln. Aber es gibt immer wieder Zeichen, die einem wieder Mut geben. Und auch in diesem Fall gibt es Zeichen. Es gibt nämlich 4 Mitgliedsländer - sie können sich denken, aus welcher Himmelsrichtung die vier kommen -, die ganz einfach von sich aus das machen, was das Parlament fordert. Es begann mit den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Vereinigtes Königreich, die gesagt haben, wir machen das. Jeder jetzt noch auf seine eigene Façon. Drum versuchen wir, das Ganze reinzuholen. Es gibt übrigens inzwischen auch zunehmend nationale Rechnungshöfe, die sagen jawohl, wir kontrollieren aus eigener Machtvollkommenheit, aus eigenem Gutdünken Mittel des europäischen Haushaltes, die bei uns daheim verwendet werden. Übrigens beginnt auch zunehmend der österreichische Rechnungshof, in diese Richtung zu arbeiten. Wichtig war uns, dass erstmals die deutschen Rechnungshöfe so etwas gemacht haben. Die Deutschen haben sich immer hinter ihrem Föderalismus versteckt und haben gesagt, wir haben 16 Bundesländer, 16 Länderrechnungshöfe. Man hat jetzt begonnen, mal die Dinge anzugreifen. Und jetzt wiederum, ich würde schon meinen, dass irgendwo vielleicht ein Oppositionsabgeordneter oder sonst einer ist, der einmal einen solchen Rechnungshofbericht in die Hand nimmt und dem eigenen Finanzminister ein paar peinliche Fragen stellt und sagt, was ist jetzt passiert mit diesen Dingen. Denn nur so werden wir aus dieser Malaise rauskommen.

Das Niveau des Finanzmanagements in der Europäischen Union wird zu keinem Zeitpunkt höher sein, als die Mitgliedsstaaten dies wollen. Zumal die Tatsache, dass der Europäische Rechnungshof seit 14 Jahren ein negatives Prüfungsurteil abgibt, sehr anschaulich zeigt, dass die diesbezüglichen Bestrebungen der Mitgliedsstaaten auf einem sehr niedrigen Niveau gehalten werden. Das ist sehr bedauerlich, weil das natürlich das Ansehen aller Organe der Union gefährdet. Die Sorglosigkeit der Mitgliedsstaaten ist die Wurzel für den, wie man es nennen könnte, Mangel an Accountability, also Verantwortlichkeit oder Rechenschaftspflicht in der EU.

Darauf möchte ich noch ein bisschen eingehen. Der englische Begriff Accountability ist vielleicht schwierig ins Deutsche zu übersetzen. Aber wir haben sicher alle eine Vorstellung, was er bedeutet. Er bedeutet zuallererst die

Pflicht zu erklären, wie man einer Verantwortung gerecht geworden ist, die man übertragen bekommen und angenommen hat. Zweitens bedeutet er die Pflicht, sich den Folgen des eigenen Handelns zu stellen. Diese Rechenschaftspflicht ist somit eine Beziehungsfrage. Sie ist die Beziehung zwischen zwei Seiten, die in der Politik- und Wirtschaftswissenschaft oft als der Prinzipal und Agent bezeichnet werden. Das wird jetzt ein bisschen akademisch. Aber hier sind wir im Zentrum der Probleme des europäischen Finanzmanagements. Der Agent erklärt und begründet sein Vorgehen, und der Prinzipal beurteilt dann nach einer Prüfung das Handeln des Agenten und verhängt u.U. Sanktionen. Wer ist wer im Rechenschaftspflichtmechanismus der Europäischen Union? Sind die Mitgliedsstaaten der Prinzipal und die EU oder die Europäische Kommission der Agent? Oder ist es anders herum? Vielleicht überschneiden sich beide Rollen auch. Die Mitgliedsstaaten verabschieden den Vertrag, der den verschiedenen europäischen Organen bestimmte Befugnisse und Pflichten überträgt. Bei diesem Gründungsakt sind die Mitgliedsstaaten der Prinzipal und die Organe der Agent. Als eines der Organe muss die Kommission die Pflichten erfüllen, die ihr von den Mitgliedsstaaten im Vertrag übertragen werden. Im Artikel 274 des Vertrages wird der Kommission die Pflicht auferlegt, den Haushaltsplan in eigener Verantwortung auszuführen. Doch die Kommission ist nach Artikel 274 des Vertrages zwar verantwortlich für den Haushaltsvollzug, führt aber einen erheblichen Teil des Haushaltsplans nicht selber durch. Wie erläutert werden im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung den Mitgliedsstaaten Haushaltsvollzugsaufgaben übertragen. Die festgelegte Übertragung von Haushaltsvollzugsaufgaben an Behörden in den Mitgliedsstaaten bedeutet, dass die Rollen vertauscht werden, wenn es um die eigentliche Ausführung des Haushaltsplans geht. Die Kommission ist nicht mehr der Agent sondern der Prinzipal, und die Mitgliedsstaaten sind der Agent. Aus dem, was gerade zur Pflicht zu erklären, dargelegt wurde, ergibt sich für die Mitgliedsstaaten die logische Verpflichtung, Rechenschaft darüber abzulegen bzw. zu erklären, wie sie die Haushaltsvollzugsaufgaben erfüllt haben, die ihnen übertragen worden sind und die sie mit der Annahme des Vertrags der Haushaltsordnung und auch der sekundärrechtlichen Vorschriften akzeptiert haben. Die Herausforderung für das Europäische Parlament besteht gemeinsam mit den nationalen Parlamentariern darin, ein Bewusstsein für die Problematik und die Verantwortung der Mitgliedsstaaten zu schaffen. Tatsache ist, dass die Nachlässigkeit der Mitgliedsstaaten im Umgang mit ihrer Verantwortung von Europa feindlichen politischen Kräften ausgenutzt wird. Dies ist für das Europäische Parlament natürlich auf die Dauer nicht hinnehmbar.

Nochmals, Sie sehen, es ist im Konstrukt der Europäischen Union angelegt diese Melange von Verantwortlichkeiten. Das eine Mal sind die Regierungen oben und dann sind die Regierungen wieder unten. Und da schließt sich der Kreis der Verantwortlichkeit nicht, meine Damen und Herren. Das ist ganz einfach das, was ich etwas akademisch ausdrücken wollte.

Im nächsten Bereich werde ich weniger zitieren. Es geht um die Stärkung des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments. Die Kontrolle des europäischen Haushaltes ist eigentlich die größte Kompetenz, die das Europäische Parlament hat. Denn anders als bei Gesetzentwürfen etc. oder bei Politiken, die heute noch in den Händen des Rates sind - Agrarpolitik, ganz wichtig, drum bin ich ein großer Freund des Lissabon Vertrages, weil da würden wir endlich auch bei der Agrarpolitik was mitzureden haben. Bisher haben das die Agrarminister nicht aus den Händen gelassen. Da ist es so, dass die Minister einen Beschluss fassen, nachdem sie uns angehört haben. Na, Sie wissen ja, was so ein Konsultationsverfahren manchmal ist. Man muss halt das Papier haben und dann kann man es auch gleich wegschmeißen. Umgekehrt bei der Entlastung. Wir entlasten oder entlasten nicht nach Anhörung der Finanzminister. Jetzt tun wir mit dem Papier, was wir wollen. Und ich sage Ihnen, die Stellungnahmen der Finanzminister zur Ausführung des europäischen Haushaltes sind manchmal kaum das Papier wert, auf dem es geschrieben wird. Ich habe mir vor ein paar Jahren einmal wirklich die Gaudi gemacht und habe geschaut, was zum Agrarhaushalt geschrieben wurde. Da konntest du von Jahr zu Jahr, wenn du die Jahreszahlen geändert hast, dann war das blitzblank dasselbe Formular, auf dem es gestanden ist. Wiederum, so nimmt man nicht Kontrolle wahr. Aber so geschieht es.

Wir haben einen eigenen Haushaltskontrollausschuss im Europäischen Parlament. Man macht sich damit aber nicht unbedingt nur Freunde. Als auf Grundlage einer nicht erteilten Entlastung im Jahre 1999 erstmals eine europäische Exekutive zurücktreten musste, die Santer Kommission damals, hat das natürlich zu einer Stärkung dieses Kontrollausschusses geführt, vorübergehend. Bei der nächsten Gelegenheit hat man natürlich wieder versucht, den wieder ein bisschen kleiner zu machen. Da war die Rede von den Ayatollahs im Europäischen Parlament etc. Wir mussten bis heute noch herhalten für die Verbürokratisierung europäischer Programme. Also wo man früher halt fünf Unterschriften drauf hatte als Genehmigungsverfahren, mussten anschließend zehn oben sein unter Hinweis, sonst kommt das Europäische Parlament. Wir sind heute dabei, diese Dinge zu beseitigen und wieder zurück zu rudern, weil die Kommission nach 1999 furchtbar feige wurde zum Schaden unserer Programme. Also ich empfehle heute keinem kleinen und mittleren Unternehmer, dass er sich an europäischen Programmen beteiligen soll. Weil, bis der

das Geld bekommt, ist er ein toter Mann. Ich habe jetzt gerade heute Nachmittag wieder solche Interventionen erlebt hier in Wien. Wenn ich Wien bin, habe ich regelmäßig einen oder zwei solcher Fälle auf dem Terminkalender.

Wie versucht man so einen Haushaltskontrollausschuss, was nochmals ein bisschen pervers ist, weil an sich diese Kontrolle die größte Kompetenz des Europäischen Parlaments ist, wie versucht man, so etwas ein bisschen klein zu halten? Man macht aus diesem Ausschuss einen so genannten neutralisierten Ausschuss. Ich muss das ein bisschen erklären. Jeder von uns ist in einem Ausschuss Vollmitglied und in einem Ersatzmitglied, und dann noch ein bisschen außenpolitische Geschichten. Und es gibt Ausschüsse, da kann man reingehen, ohne dass das angerechnet wird auf die beiden anderen Ausschüsse. Dazu gehört der so genannte neutralisierte Haushaltskontrollausschuss. Das geht bei einem 120 Milliarden Haushalt nicht, meine Damen und Herren. Und wir haben deshalb auch als Reformvorschläge, und ich möchte das auch anstreben, da steht persönliches Herzblut dahinter. Ich denke, wir müssen bei der Haushaltskontrolle in Europa in Richtung eines Public Account Committee gehen, so wie das in Westminster eigentlich vorgesehen ist. Das ist ein kleiner Ausschuss, aber ein sehr konzentrierter Ausschuss. Die Engländer verwalten einmal parlamentarisch oder kontrollieren einen Haushalt, der etwa 5 oder 6 mal so groß ist wie der europäische Haushalt, also mit allen Sozialabgaben und allem anderen, was natürlich bei einem nationalen Haushalt eine wahnsinnige Größe ausmacht. Darauf werden wir hinarbeiten. Wir sind derzeit auf gutem Wege. Ich habe Franz Vranitzky vor kurzem getroffen, als ich gerade auf dem Weg war nach Beirut. Es ging da um ein Seminar der UNO, wo es um die Stärkung der Finanzkontrolle im Irak ging. Aus Sicherheitsgründen hat man es nicht in Bagdad sondern in Beirut gemacht. Wir merken, wie die Arbeit vom Kontrollausschuss des Europäischen Parlaments auch über Europa hinaus eigentlich an Image gewinnt. Ich habe jetzt gerade diese Schlussfolgerungen im Irak gesehen. Da geht einiges auf das Europäische Parlament zurück.

Die dritte Herausforderung, Reform des Europäischen Rechnungshofes, ist natürlich eine ganz wichtige Geschichte. Wie jeder Rechnungshof sollte der Europäische Rechnungshof unser wichtigster Partner bei der Kontrolle der Exekutive sein. Wir haben einen Bericht liegen. Da ist eigentlich immer die erste Grundlage für das so genannte Entlastungsverfahren. Der Rechnungshof stellt seinen jährlichen Bericht vor. Auf der Grundlage, natürlich auch mit eigenem Schmalz, also z.B. die Auseinandersetzung mit dem Ministerrat führen wir jetzt aufgrund eigener Initiative, da steht da nichts drinnen. Aber das ist für uns ein zentraler Ratgeber natürlich. Wir sehen natürlich gerade beim Europäischen Rechnungshof, wie manche - ich sage es einmal ganz primitiv - Formulierungen gelegentlich so schwer herauszukitzeln sind. Wir wissen eh, die Rechnungshöfe haben ihr eigenes Deutsch. Aber es ist natürlich noch schwieriger, wenn man 27 gleichberechtigte Mitglieder in einem derartigen Gremium hat. Nämlich jedes Mitgliedsland entsendet ein Mitglied in diesen Rechnungshof. Manche dieser Mitglieder meinen offenbar, ihren Job so machen zu müssen, dass, falls irgendwelche Dinge da auftauchen, die ein bestimmtes Mitgliedsland betreffen könnten, halt aus dem sehr großen Unfug ein eventuell etwas kleinerer Unfug irgendwo hineingeschrieben werden könnte. Wir werden da was tun müssen. Ich sage Ihnen ein Beispiel. Diese Rechnungshöfler haben auch ein bisschen ein Kabinett, etwa fünf, sechs Leute. Multiplizieren Sie das einmal mit 27. Wir haben einen Staff von etwa 800 Leuten im Europäischen Rechnungshof. Da ist einmal schon ein Sechstel weg mit den eigenen Kabinetten. Wissen Sie, das sind ja genau die Dinge, die nach Reform schreien. Das heißt, das, was bei sechs EWG Mitgliedern funktioniert hat, funktioniert mit 27 EU Mitgliedern nimmer und drückt irgendwann auf die Qualität, schlägt auf die Qualität durch, weil, bis Sie bei 27 manchmal einen Kompromiss beieinander haben, na bravo. Da kommt dann halt wirklich nur mehr der kleinste gemeinsame Nenner heraus.

Deshalb einfach zwei Vorschläge, die ich zur Freude des Rechnungshofes bei seinem 30jährigen Bestehen, bei der Festveranstaltung, auch von mir gegeben habe. Und das möchte ich Ihnen auch als Abschluss mitgeben. Also zwei Möglichkeiten sehe ich. Und zwar, man könnte darüber diskutieren, ob wir ein professionelles Kollegium oberster Rechnungsprüfer mit drei bis fünf Mitgliedern oder mit einem professionellen obersten Rechnungsprüfer einführen sollten. Wenn wir das eine hätten, dann könnten diese von einem nebenamtlich tätigen Aufsichtsrat, nennen wir es einmal so, unterstützt werden, dem ein Mitglied jeweils aus den Mitgliedsländern angehören könnte. Die Mitglieder des Kollegiums der obersten Rechnungsprüfer könnten in einem nationalen Wettbewerb ausgewählt, vom Aufsichtsrat nominiert, vom Europäischen Parlament ernannt werden. Eine zweite denkbare Lösung, ein oberster Rechnungsprüfer. Wenn wir uns für diese Variante entscheiden, könnte dieser vom Parlament aus einer Vorauswahlliste von drei Kandidaten ausgewählt werden, die vom Rat nach einem internationalen Auswahlverfahren vorgeschlagen werden. Die Amtszeit könnte acht Jahre ohne Möglichkeit der Verlängerung betragen. Sie wissen, hier gibt es natürlich in Europa die verschiedensten Muster. Ich glaube, in Österreich ist der Rechnungshofpräsident für 12 Jahre ohne Verlängerungsmöglichkeit angestellt.

Ich glaube, auf alle Fälle ein erster Schritt wird der sein - und da ist mein Ausschuss seit Jahren eigentlich wirklich einheitlich beieinander. Wir wollen weniger Mitglieder des Rechnungshofes haben, als es Mitgliedsstaaten gibt, damit

nicht jeder das Lied seines eigenen Mitgliedslandes da singen muss gelegentlich. Und gerade, wenn es zu Wiedernominierungen kommt, dann werden da manche etwas sehr schweigsam.

Nationale Verwaltungserklärungen, Stärkung des Haushaltskontrollausschusses, Reform des Rechnungshofs, das sind die wesentlichen Herausforderungen im europäischen Finanzmanagement. Aber das sind auch die notwendigen Herausforderungen, wenn das Konzept der parlamentarischen Kontrolle auf europäischer Ebene gesamthaft eine Rolle spielen soll.

Meine Damen und Herren, ich danke für die Gelegenheit, im Rahmen dieses Abends mit Ihnen über diese Fragen, die an sich als sehr trockene Materie gelten, reden zu dürfen. Parlamentarische Kontrolle, und damit kommt ich vielleicht auch noch auf ein das Eingangsstatement von Franz Vranitzky zurück, ist nicht das Entdecken und das Rufen nach Skandalen und haltet den Dieb. Es geht eher darum, nach Verbesserungsmöglichkeiten gerade in einem Institutionengefüge zu suchen, das sich permanent, denken wir gerade an die letzten Erweiterungen, die wir in diesen paar Jahren erlebt haben, das sich so rapide ändert, wie das die Europäische Union tut. Da müssen wir anpassen. Auf das müssen wir reagieren. Und ich glaube, in Zeiten einer allgemeinen Finanzkrise, wie wir sie derzeit erleben, hat dieser Zwang zu einem Nachdenken über Reformen und Durchführung von Reformen nicht nur auf europäischer Ebene eine ganz besondere Bedeutung. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Franz Vranitzky

Ich bedanke mich auch für diese Ausführungen, die so trocken eigentlich gar nicht gewesen sind. Meine Damen und Herren, ich lade Sie ein zu einer Diskussion über etwas, wogegen man ein Wespennest als wohl strukturierte und ordentliche Veranstaltung anschauen könnte. Einige Fragen tauchen selbstverständlich sofort auf. Du hast erwähnt den Vertrag von Lissabon, der ja nicht nur in einigen Ländern Europas, wo er noch gar nicht ratifiziert wurde, ein Thema ist, sondern, um in den eigenen vier Wänden zu bleiben, in einem Land, in dem er schon ratifiziert wurde, immer noch ein Thema ist oder schon wieder ein Thema ist. Und da wäre schon interessant, weil du gesagt hast, du würdest sehr für den Lissabon Vertrag eintreten, ob die Reform des Rechnungshofs, von der du gesprochen hast, oder überhaupt die Reform der Rechnungsprüfung ein Bestandteil des Lissabon Vertrages ist bzw. wenn er das nicht ist, ob der Lissabon Vertrag dann eine bessere Handhabe gibt, um die Rechnungsprüfung zu verbessern. Das wäre ein Aspekt.

Ein anderer Aspekt, ein gar nicht sympathischer, ist der, dass ja diese europäische Öffentlichkeit damit konfrontiert ist, dass in einigen Mitgliedsländern zwar die Korruptionsbekämpfung zu einer Bedingung für den Beitritt gemacht wurde, aber nach dem Beitritt dieser Länder die Korruption nicht nur nicht bekämpft wird, sondern als eine Art landesübliches Verhalten in öffentlichen und halböffentlichen Bereichen eingeschätzt wird. Und das kann ich mir schon vorstellen, wenn man jetzt Behörden und Regierungen in diesen neuen Mitgliedsländern damit konfrontiert, diese Manipulationen und finanzielles Fehlverhalten in ihren öffentlichen Einrichtungen abzuschaffen, wenn die dann sagen können, aber seht her, im Zentrum der Europäischen Union ist es mit der Überprüfung, der Klarheit und der ordentlichen Mittelverwendung auch nicht so weit her. Also eine, scheint mir, ziemlich schwierige Angelegenheit.

Und ein dritter Aspekt, der mich sehr ins Aktuelle führt. Du hast gesagt, bis der das Geld bekommt, ist er ein toter Mann. Da muss man nicht nach Brüssel gehen, um diese Erfahrung zu machen. Es ist ja auch überhaupt kein Geheimnis, dass die verschiedenen geschnürten Pakete zur Bekämpfung der derzeitigen Krise oder zur Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit, sie sind geschnürt. Aber mein Eindruck ist, ein Paket, das so fest verschnürt ist, von dem hat eigentlich niemand was, sofern er es nicht aufmacht oder aufmachen kann. Es kommt mir vor, die sind alles andere als aufgemacht. Bzw. noch eine viel gravierendere Angelegenheit, diese Pakete sind im Finanzbereich geschnürt. Aber die Überführung der Philosophie dieser Pakete in die realwirtschaftliche Abteilung der Volkswirtschaften ist bisher nicht nur nicht gelungen, sondern nicht einmal in Ansätzen erkennbar. Und das ist eine doch überaus gefährliche Entwicklung, die da vor uns liegt. Denn man kann das ja schon hören und lesen, dass gesagt wird, für die Banken habt ihr Milliarden übrig gehabt, was habt ihr eigentlich für die Arbeiter und Angestellten in den Fabriken und in den Unternehmungen und im Fremdenverkehr, in die Handelsunternehmungen usw. gemacht? Die Uhr ist noch nicht abgelaufen, glaube ich. Aber es ist nicht mehr weit weg von zwölf, dass das in Gang gesetzt werden muss. Denn, würde das nicht in Gang gesetzt werden, dann geht unweigerlich die Beschäftigung zurück. Und wenn die Beschäftigung zurückgeht, und wir erleben derzeit einen ziemlichen Zusammenbruch der Exporte, was eigentlich logisch ist, weil, wenn in allen Volkswirtschaften der Europäischen Union die Wirtschaft schrumpft, dann werden die nicht sehr viel importieren. Und was andere importieren, sind unsere Exporte. Also da ist sehr viel zu tun. Und der zweite große Punkt, den man ja viel eher erledigen kann, als den Export zu fördern, sind die Investitionen in der eigenen Wirtschaft. Und da sind ja gute Ansatzpunkte gesagt worden, Infrastrukturinvestitionen, also Eisenbahn, Post, Gebäudesanierung, Wärmedämmung in Altgebäuden und vieles andere mehr. Das alles hätte nämlich auch den

ganz wichtigen Effekt, sozusagen den Kollateralnutzen, dass man die klein- und mittelbetriebliche Wirtschaft damit beschäftigen kann, damit die Nachfrage inlandswirksam ist und damit der drohende Rückgang der Beschäftigung sich nicht wirklich ausbreitet. Und da glaube ich auch, dass die nationalen Regierungen und die Europäische Union in den verschiedenen Instanzen durchaus aufgerufen sind zu kooperieren.

Und nicht alles, was aus Amerika kommt, ist wahr und richtig und glänzend. Aber wenn Obama sagt oder wenn dieser Tage auch andere in Europa gesagt haben, die Europäische Kommission wäre bei der Bekämpfung der Finanzkrise etwas zu zögerlich gewesen, dann ist das nicht ganz falsch. Und ich glaube, das spielt auch in dein Thema Finanzmanagement der Europäischen Union hinein. Wenn das Finanzmanagement transparent, überschaubar und glaubwürdig ist, accountable, wie du sagtest, dann wird auch Vertrauen aufgebaut, was bisher noch nicht in ausreichendem Maß - ich drücke mich da sehr zurückhaltend aus - wirklich geschehen ist. Das sind nur einige einleitende Bemerkungen.

Aber ich will das gar nicht vom Tisch hier dominieren, sondern lade die Damen und Herren ein, Ihre Fragen an dich zu richten.

Bösch

Gerade diese Pakete. Was damit geschieht in Österreich oder in anderen Ländern, kann jeder da herinnen selber beurteilen. Ich sage jetzt noch etwas ganz klar dazu. Nach diesem Rücktritt 1999 sind wir eigentlich nicht mehr gesegnet gewesen mit großen Führungspersönlichkeiten. Barroso ist alles andere als eine große Führungspersönlichkeit. Es ist in ganz Brüssel bekannt, dass der Mann schon seit Jahren wieder um seine Wiederkandidatur läuft. Bei 27 Ländern, wenn er ein kritisches Wort über Agrarpolitik redet, was wahrscheinlich höchst notwendig wäre von Seiten der Kommission, dann weiß er, dass Sarkozy ihm schon den Hals umdreht. Also das geht ganz schnell. Da sehen wir wiederum, wie man auch von politischer Seite her diese Verträge ändern muss. Das geht nicht mehr, dass alle 27 Länder da ja sagen müssen. Das hat bei 6 vielleicht funktioniert. Ich habe den Eindruck, dass nach dem starken Jacques Delors die Mitgliedsstaaten übereingekommen sind oder die damals wichtigen Leute gesagt haben, jetzt haben wir einen gehabt hat, der uns aus Brüssel gesagt hat, wo der Hammer hängt, das machen wir in Zukunft anders. Und es ist anders geworden. Schon sein Nachfolger musste zurücktreten, nicht weil er korrupt oder sonstwas war, sondern weil er den Laden nicht im Griff hatte.

Einen zweiten Aspekt zu diesen Paketen, und das darf man auch in Österreich sagen und soll es auch sagen. Noch einmal, ich habe vorher gesagt, wie sehr wir gejamert haben, als es um Beitragszahlungen ging zum europäischen Haushalt. Jetzt auf einmal sollte derselbe europäische Haushalt uns ganz Osteuropa erhalten. Ja, also zuerst muss ich schon die Kuh füttern, bevor ich sie melken kann. Diese Art von Grundarithmetik gilt auch in Brüssel. Natürlich gibt es dann eine EIB und ein paar andere Geschichten. Aber wiederum die Frage, soll Europa in solchen Zeiten größere Kompetenzen haben? Zu Kompetenzen gehört halt normalerweise auch ein bisschen Geld. Sonst wird es halt nicht gehen.

Was die Defizite bei Betrugsbekämpfung anbelangt in verschiedenen neuen Ländern. Wir haben jetzt Gelder gestoppt. Auch hier wieder die Agents und Principals. Wenn ich die Empfehlungen der Finanzminister anschau, wenn es z.B. darum geht, ein leidiges Problem, das wir an sich ... haben, nämlich die Kontrolle der Auszahlungen im Bereich der Direktzahlungen an die Agrarwirtschaft, also in der Agrarpolitik. Da geht es immerhin auch um etwa 30, 35 Milliarden Euro. Da sind wir im grünen Bereich, das haben wir geschafft. Da hat uns die längste Zeit ein altes Mitgliedsland an der Nase herumgeführt, und das war Griechenland. Und irgendwann haben wir gesagt, so, jetzt muss Schluss sein damit. Wir können doch nicht 15 Jahre warten. Unsere Bauern müssen solche Bücher ausfüllen, damit sie Geld bekommen. Und irgendein Land sagt, das geht aus irgendwelchen Gründen nicht. Die sind ja auch eine Verpflichtung eingegangen. Und jetzt kriege ich grade den Brief, das ist 12. 3. 09, von einer Frau Marianne Fischer-Wohl, eine sehr tüchtige Frau, die Agrarkommissarin ist. Und die sagt, die Griechen haben es gemacht. Wir haben denen seit 1999 jetzt 606 Millionen gestrichen im Agrarbereich. Es scheint zu wirken. Das war aber das Europäische Parlament und mein Ausschuss. Wir haben einfach Streichungsanträge gemacht, und es scheint nach langer Zeit zu gehen. Rumänien, Bulgarien, es ist schon auch frustrierend - und dass muss man auch dazu sagen -, wenn wir heute, wenn es zu Streichungen von Geldern kommt oder zur Zurücknahme von Zahlungen, bei diesen Zahlungen nur über Gelder reden, die aus Vorbeitrittsprogrammen stammen. Ja bitteschön, die Länder sind seit zwei Jahren beim Verein dabei. Wir reden über PHARE, über SABARD, über ISPA, über alte Programme. Das heißt, man ist das ganze halt zu spät angegangen. Und wenn wir bis heute Vorbeitrittsmanuals, also Handbücher für das PHARE Programm, unser wichtigstes Vorbeitrittsprogramm, nur in englisch haben, dann wird sich halt irgendein Landbürgermeister in der Provinz in Rumänien oder in Bulgarien halt relativ schwer tun. Oder es kommen die zusammen, die dieses Manual lesen und interpretieren können. Die haben vielleicht an einem sehr kleinen Tisch Platz und die finden den Tisch auch

und setzen sich zusammen und reden miteinander. Da ist schon ein bisschen ein Shortcoming auf Seiten der Kommission. Ich kann nicht jede Erweiterung, egal ob sie in Dänemark oder in Spanien oder in Rumänien stattfindet, über einen Kamm scheren.

Ich komme manchmal auch zu der Überlegung, diese Kommission versucht ja, mit sehr wenig Leuten zu arbeiten. Dieser Moloch Brüssel besteht, und wir haben rund 30.000, 35.000 Leute, wenn man alles zusammenklaubt.

Vranitzky

Weniger als das Wiener Rathaus.

Bösch.

Sehr wenig Leute. Nur umgekehrt, das findet man dann auch furchtbar schick und sparsam. Das ist falsch. Sparsamkeit ist was anderes. Wenn ich junge Akademiker, eine Handvoll Leute über ein ganzes Programm, wie das damals bei diesem Sowjetunion Programm PACIS der Fall war, die haben zum Teil 100 Millionen Euro verwaltet. Das ist Geld rausgeschmissen. Wir müssen auch hier beginnen, Dinge zu sagen, die nicht einfach auf jede Headline rauffassen. Wenn ich für eine Politik eine bestimmte Menge Geld in die Hand nehme, dann muss ich auch die bestimmte Manpower dazu aufstellen, sonst habe ich am Steuerzahler und seinen Interessen vorbei gewirtschaftet. Und das muss man laut sagen. Das gilt in Österreich, das gilt in Europa, das gilt rundum. Also einfach wenig Leute und einen Haufen Geld, das ist eine Einladung, das ist der rote Teppich für Betrügereien. Das ist ein klarer Fall.

Zum Lissabonner Vertrag. Von mir gab es immer nur ein hundertprozentiges Ja. Was willst du mehr haben als die Entlastungskompetenz der Kommission? Viel mehr gibt es nicht zum Prüfen. Sonst braucht es halt Mannsbilder und Weibsbilder, die hinstehen und sagen, das machen wir jetzt. Und das ist z.B. jetzt diese Auseinandersetzung mit dem Ministerrat, mit dem Herrn Solana. Also ich möchte jemanden fragen aus Österreich, der weiß, wie dieser Haushalt des Rates letztendlich aussieht. Es geht immerhin um 650 Millionen. Wenn es das Europäische Parlament nicht tut, macht es niemand. Ich werde diese Woche noch den Außenminister treffen. Ich werde den Herrn Spindelegger fragen, wie er es hält mit den Ratsfinanzen da drüben. Und das werden wir jetzt durchstehen müssen. Das ist ein ganz notwendiger Prozess. Hier geht es um einen Institutionenkampf, demokratisch legitimes Parlament gegen die Bürokraten vom Rat. Schauen wir einmal, was rauskommt. Ich bin schon saustolz drauf, dass diese Woche, nämlich grade gestern Abend, mit Zweidrittelmehrheit mein Ausschuss die Verschiebung der Entlastung beschlossen hat. Ich war mir nicht ganz so sicher, weil die Telefone sind heiß gelaufen. Ich weiß auch, dass ein paar unserer Spanier dagegen gestimmt haben, weil der Generalsekretär ein gewisser Herr Solana ist. Da geht es nicht um Solana, da geht es um gar niemanden. Da geht es darum, dass man einfach diese Dinge auch durchzieht. Aber wir könnten indirekt natürlich bei Lissabonn Dinge bekommen wie z.B. eine Erleichterung der Einführung eines europäischen Finanzstaatsanwaltes. Auch hier müssen wir neue Lösungen andenken. Das könnten in Zukunft schon 9 Länder machen. Bisher brauchen wir die Einstimmigkeit. Na bitteschön, da kennen wir eh schon ein paar, die dagegen stimmen. Indirekt kämen da ein paar Geschichten dazu. Wir würden wahrscheinlich unsere Kontrolle über bestimmte Agenturen, z.B. Agenturen wie für Waffeneinkauf, über das Haushaltsrecht könnte man da schon zugreifen. Aber ganz besonders wichtig natürlich Agrarpolitik, dass wir haushälterisch praktisch die ganze Breite abdecken könnten. Der Lissabonner Vertrag heißt mehr Accountability.

Vranitzky

Ich glaube, es ist nicht sehr riskant anzunehmen, dass eure Prüfung, die jetzt verschoben wurde, vielleicht nicht unmittelbar vor dem 7. Juni in Angriff genommen werden wird.

Frage

Helmut Schöntaler. Ich wollte zuerst als wirtschaftlich und politisch sehr interessierter Mensch dieses Landes Ihnen herzlich danken und gratulieren. Denn eines ist sicher, Österreich ist eine jener Nationen, wo wir extrem negativ zu Brüssel sind. Das hat eine Reihe von Gründen, die ich jetzt nicht analysieren möchte. Unabhängig von dem Dank möchte ich aber etwas machen, was Dr. Vranitzky ja seit Jahren damals schon in der aktiven Funktion sehr propagiert hat, das ist Kommunikation. Tu Gutes und sprich darüber. Wenn ich in Asien bin, hört man immer, wir bewundern Europa, aber wir verstehen eigentlich nicht, das Isolationistische und das Chauvinistische Verhalten von einigen Nationen, wobei die das nicht so genau beobachten, weil sie sagen, Europa ist sowieso ein Markt für uns, aber sonst nichts, sonst gehen wir woanders hin. Meine Frage wäre jetzt zweierlei. Das eine ist, ich kann die Nachlässigkeit der österreichischen Regierungsmitglieder partiell sehr unterstützen. Ich arbeite in vielen Gremien mit und stelle fest, dass viele der so genannten Ausschüsse und Beratungsgremien überhaupt nicht vernünftig besucht werden, auch Minister nicht. Das heißt, das Wissen - ich möchte nicht die gesamte Regierung da hinein werfen - von vielen über Jahre ist absolut inkomplett. Das deckt sich natürlich auch mit dem Wissen der Durchschnittsösterreicher. Und daher diese

Abneigung. Das zweite ist, warum machen wir wirklich nicht mehr Bewusstseinsprogramme? Skandinavien und jene Länder, die hier sehr positiv aufgestellt sind, haben sehr viel in Bewusstseinsprogramme investiert. Das kann man nicht machen, indem man rational argumentiert, sondern da muss man halt irgendetwas machen mit Entertainment usw. Und das dritte ist die Balance zwischen Agrarwirtschaft, zu diesen Erfolgen gratuliere ich, aber ich komme aus der Informationsgesellschaft. Auch Dr. Vranitzky hat damals schon in seiner aktiven Zeit gesagt, die Informationsgesellschaft ist Zukunft. Ich darf verweisen auf den Lissabon Vertrag, wo drinnen steht die konkurrenzfähigste, wissensbasierte Gesellschaft. Und da sind wir weit weg auch mit unserem Bildungssystem. Diese drei Fragen würden mir sehr am Herzen liegen.

Frage

Edith Kitzmantel. Ich habe das Vergnügen gehabt, dem Herrn Vortragenden in meiner Eigenschaft als für die Kommission bei der Entlastung Zuständige gegenüber zu stehen, und ich habe seine Arbeit immer sehr geschätzt. Es gehört sich nicht, Kontrolloren und schon gar nicht obersten Kontrolloren zuzustimmen. Ich formuliere daher meine Bemerkung ganz neutral. Es freut mich, dass unter österreichischem Vorsitz der Fokus so ist, wie er, glaube ich, den Tatsachen entspricht, nämlich weniger die Kommission und mehr die Mitgliedsstaaten und auch den Rechnungshof in die Zange zu nehmen. Und von einem künftigen Reformvertrag könnte im Rechnungswesen das Wichtigste sein, den Mitgliedsstaaten die Kompetenz, die derzeit bei der Kommission ist, ohne dass sie sie wirklich ausführen kann, zu geben. Was die Reform des Rechnungshofes betrifft, ist es sehr wichtig und würde ihn auch den Mitgliedsstaaten gegenüber glaubwürdiger machen oder würde ihre Kooperation wahrscheinlich erleichtern, wenn er weniger Kabinette und mehr aktiv im Feld Arbeitende hätte. Trotzdem ist er zu klein. Und man müsste Regelungen finden, wie die einzelnen Hierarchien besser ineinander greifen. Mein letzter Punkt betrifft diese Fehlerquoten und die Verweigerung des Bestätigungsvermerks durch den Europäischen Rechnungshof seit 14 Jahren. Da war ich immer der Meinung und bin es weiterhin - ich habe mir auch die aktuellen Unterlagen durchgelesen, es hat sich nichts geändert -, es ist einfach der Fehlerbegriff so, dass fast nichts anderes rauskommen kann, zumindestens nicht bei der jetzigen Konstruktion. Mir scheint, dass man auch auf den Rechnungshof einwirken müsste, im Rahmen seiner Unabhängigkeit natürlich, es sind sehr viele Unabhängige einander gegenüberstehend, dass er ein Fehlerkonzept entwickelt, das sich für eine griffige Interpretation eignet. Derzeit ist es weder das, was die Mitgliedsstaaten nicht hätten zahlen sollen, noch das, was man von ihnen zurück fordern sollte, noch Korruption, noch Betrug, noch irgendwas, was sich griffig fest fassen lässt. Es ist eine solche Vielzahl von verschiedenartigen Fehlern, dass meiner Meinung nach fast nichts anderes rauskommen kann als eine Verweigerung.

Bösch

Wenn ich beim letzten anfang. Wir sind derzeit dabei - und das steht nicht in den großen Schlagzeilen, aber etwas, worauf ich sehr stolz bin in den letzten Jahren -, ein so genanntes Tolerable Risk of Error einzuführen. Da ist der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments die treibende Kraft. Wir versuchen, diese Erstarrung der Mittelverwaltung nach dem Jahre 1999 mit diesem Schock, die Kommission muss zurücktreten, wieder zu lösen unter Zuhilfenahme des Rechnungshofs. Da gibt es auch verschiedene Denkschulen. Wir haben ein paar Leute, die mutig genug sind, so etwas anzugehen. Das heißt, dass wir ganz einfach sagen, in verschiedenen Bereichen darf die Kontrolle nicht mehr kosten als das Geld, das drinsteckt. Und das betrifft viele, viele kleine Programme. Mein Kalender ist voll mit solchen Interventionen allein aus Österreich. Das vergrault dann natürlich die Europäer. Das ist eine ganz ärgerliche Geschichte. Es wäre vielleicht viel gescheiter, anstatt immer wieder diese Debatte, wie viel kriegen wir raus, wie viel zahlen wir ein, vielleicht ein bisschen auch von der Regierungsseite her oder vom Finanzminister her mehr Wert darauf zu legen, wie kann das Geld sinnvoll abfließen. Das trifft dann ja vor allem die kreativen Programme, die europäischen Programme.

Wir haben auf Einladung der damaligen Staatssekretärin Silhavy - das war eine ganz tolle Initiative von ihr - eine Handvoll Leute zusammengebracht im Sitzungszimmer im Bundeskanzleramt. Da war der oberste Buchhalter der Europäischen Kommission, da waren ein paar Rechnungshöfler da, also durchaus auf Direktorenebene, auch ich. Keiner musste da die Position seiner Institution vertreten, sondern wir waren einfach da um nachzudenken. Und da ging es um eine sinnvolle Kontrolle von Interreg Programmen, also grenzüberschreitenden Programme. Da gibt es ein alpines Programm, Interreg Alpen, da sind 6 Alpenländer dran beteiligt. So typisch Europa, jeder macht nach seiner eigenen Facon, nach seiner Tradition. Ja, was sollten die Franzosen schlechter machen als die Österreicher oder die Bayern oder die Slowenen? Alle machen es nach bestem Wissen und Gewissen. Aber am Schluss passt halt das Zeug nicht zusammen. Und dann hast du wieder irgendwo Irregularity in irgendeiner Statistik drin. Da ist kein Groschen daneben gegangen. Keiner hat einen Groschen in den Sack gesteckt. Aber ... Und da brauchen wir eine längere Leine. Da müssen wir die Buchsen und Ösen ein bisschen größer machen, damit man es trotzdem noch zusammenbringt, weil da hat kein Betrug und gar nichts stattgefunden. Sondern einfach, da sind ja die Nahtstellen, wo Europa zusammenwächst und wo Europa zusammenwachsen muss. Das sind nicht die Hauptstädte. Das ist dort, wo bisher

Grenzen waren. Da wird das nachhaltig zusammenwachsen. Und das war eine tolle Initiative. Gut, die Frau Silhavy ist dann bald einmal Frauenministerin geworden. Ich würde mich freuen, wenn die Frage derartiger Treffen - die Republik Österreich hat das keinen Groschen gekostet, da ist jeder auf Regimentskosten daher gekommen. Aber wenn z.B. der Ballhausplatz Wien mit einer derartigen kleinen Tradition, wie verbessern wir dieses Finanzmanagement in ganz konkreten europäischen Programmen, ein bisschen in Zusammenhang gebracht würde in Europa, denn da quatscht ja jeder weiter in Brüssel und sagt, ich war in Wien, wir haben über Verbesserungsmöglichkeiten im Bundeskanzleramt bei den Interreg Fonds geredet. Das kann dem Image eines kleinen Nettozahlers nur förderlich sein. In die Richtung könnte man vorangehen.

Ich streite nicht gerne mit dem Europäischen Rechnungshof darüber, der beruft sich auf irgendwelche internationale Prüfungsstandards und damit ist er durchaus im Rennen. ... zieht der sich auf seine Unabhängigkeit zurück. Da können wir dann relativ schnell zusammenpacken. Ich habe auch den derzeitigen Vizepräsidenten der Kommission einmal warnen müssen, als er gemeint hat, die würden falsch prüfen, drum seien sie die Bad Guys. Da habe ich gesagt, don't shoot the messengers, sonst bist selber ein toter Mann. Das hat er dann auch sein lassen, der Herr Kallas, weil das geht so nicht. Dazu ist die Kommission zu schwach, um praktisch zu einem positiven Statement zu kommen via Attacke auf den Rechnungshof. Da sollte man die Finger davon lassen. Wenn man es machen will, dann muss man es etwas diskreter machen, als das damals der Fall war.

Das Kommunizieren über Europa. Ich versuche dann zu erklären, bei Europa, was soll da anders sein als daheim. In Brüssel ist alles ein bisschen größer, ein bisschen mehr Sprachen. Ich erkläre es dann mit den Sprachen. Wie viele Sprachen muss man können? Dann sage ich, gar keine. Du kriegst das Dokument. Du hast den Anspruch drauf, falls es zur Abstimmung kommt, dass das in deiner Muttersprache vorliegt. Und nur damit wir uns richtig verstehen, wir reden da nicht irgendwie über allgemein gehaltene Formulierungen. Sondern wenn es z.B. um Chemierichtlinien und so Zeug geht, da geht es ja um Mikrogramm von irgendwelchen Zutaten. Und um das wird dann lange gestritten, weil das interessiert die Industrie dann. Also das verstehe ich meistens nicht einmal in der eigenen Muttersprache, aber die Kollegen hoffentlich in den kompetenten Ausschüssen schon. Alles wird in jede Sprache übersetzt. Aber Politik findet halt nicht dort statt, wo übersetzt wird, sondern bei einem Glas Wein oder beim Bier oder beim Kaffee oder sonstwo, wo man sagt, du, ich habe da eine Idee, wie schaut es bei dir aus, könntest du der Sache etwas näher treten. Ich weiß noch, als ich dieses berühmte Olaf initiiert habe, als ich wirklich Stimmen sammeln gegangen bin zu den französischen Gaullisten und wusste, jeder kann englisch von denen, aber ums Verrecken wird da nur französisch akzeptiert, das ist eine ideologische Grundfrage sozusagen. Ich habe nie französisch gelernt in der Schule, ich habe dort draußen angefangen, französisch zu lernen. Und mit französisch, und was ich sonst noch zur Verfügung hatte, habe ich versucht, die Herrschaften zu überzeugen. Jawohl, am Schluss beim Bericht Bösch hatten sie den Löffel dort, wo er hingehört. Sie haben aufgezeigt. Das ist ganz einfach. Da draußen ist die Interessenvertretung so wie daheim. Es wäre wichtig, wenn man diese Dinge so kommunizieren würde. Aber ich habe immer das Gefühl, es gibt Leute, die sehr viel Interesse haben, diese Entfremdung herbeizuführen und zu sagen, das ist dann ganz anders dort draußen, oha, das sind irgendwelche dunklen Mächte, die da am Werk sind. Lobbyismus, wie oft höre ich das, da sind lauter dunkle Lobbyisten am Werk. Dann sage ich, und wie schaut das in Österreich aus, da sind die Lobbyisten sogar schon ...

Vranitzky
in U-Haft.

Bösch
Okay. ich wollte eigentlich was anderes sagen, aber gut so.

Frage
Kienzl. Wir haben ja zugesagt in Brüssel, dass wir die Umweltverträglichkeit auf Energieproduktion steigern wollen etwa mit erneuerbarer Energie von 23% auf 34%. Nun läuft das ja in eine völlig andere Richtung, wo kein Gaskraftwerk. Aber Landeshauptmann Platter hat schon gejammert, dass in Tirol überhaupt nichts weiter geht, weil kaum wollen sie eine Schaufel in die Hand nehmen, ist schon eine Umweltbewegung da, die sagt, das darf nicht geschehen. Ja nicht einmal die Vertiefung der Donau geht, gar nicht zu reden von einem Wasserkraftwerk. Dann sagt unser lustiger Landwirtschaftsminister, Güssing, großes Beispiel für Österreich. Und jetzt ist die Frage. Was geschieht, wenn wir offensichtlich das, was wir versprochen haben, nicht einhalten? Was macht dann die Europäische Union?

Bösch

Da gibt es ein mehrstufiges Verfahren, denke ich mal. Da gibt es die verschiedensten Beispiele. Ich habe jetzt gerade im Westen Österreichs ein derartiges Verfahren. Europäisches Recht heißt dort die Umweltverträglichkeitsprüfungsrichtlinie. Das ist eine Richtlinie. Und wie man weiß, sind Richtlinien mittelbar umzusetzen. Also unser eigenes Parlament hat dann auf Grundlage dieser großen Richtlinie gesagt, so und so wollen wir das haben. Und da hieß es, du musst auf alle Fälle eine UVP machen nach österreichischer Umsetzung, österreichischer Gesetzgebung, wenn das in einem sensiblen Bereich stattfindet, also Hochgebirge z.B., oder wenn die betroffene Fläche mindestens 20 Hektar umfasst. Es ging natürlich wieder einmal um eine Zusammenlegung von irgendwelchen Schigebieten. Und jetzt war man besonders schlau offenbar und hat aus diesem einen Projekt mehrere kleine gemacht. Also bitte ich bin kein Chauvinist. Ich bin 90% meiner Zeit in Brüssel daheim, wo ich selber Ausländer bin. Da habe ich gesagt, meint ihr wirklich, ihr seid die ersten, die so schlau sind da in Europa. Man sollte nie meinen, die anderen sind blöder, als man selber ist, weil da fällt man meistens rein. Das ist annehmbares Recht und das kann in weiterer Konsequenz bedeuten, dass uns die Kommission vor Gericht schleppt und die verurteilt werden, das ganze einzustellen oder vielleicht sogar Reparationen zu bezahlen. Da gibt es die ganze Bandbreite der ganzen Melodie. Das ist europäisches Recht. Dem sind wir beigetreten, dem sind wir unterworfen, und haben das sogar noch selber ausformuliert. Und ich warne überall, vor kurzem war in Salzburg so ein Fall, wo man im Nationalpark auch eine schnelle Schiabfahrt haben wollte, da habe ich gesagt, passt auf, da verliert ihr. Ich weiß, die Europäische Kommission ist eine sehr zögerliche Klägerin. Man überlegt sich das gern. Man will ja nicht gegen die eigenen Mitgliedstaaten vorgehen. Aber, wenn es so weit ist, dann gewinnt sie in Luxemburg in 95% der Fälle. Da muss man halt kreativer werden.

Frage

Alfred Missonig. Wenn man die westliche Presse liest, vor allem die amerikanische in den letzten Wochen, seitdem die Wirtschaftskrise allgemein bekannt wird und die Voraussagen eigentlich von Woche zu Woche schlimmer werden, so stößt man immer wieder auf die Meinung, dass die Europäische Union, vor allem der Euro, aber vielleicht sogar die Europäische Union diese Krise nicht überstehen wird, dass sie wieder auseinander bricht. Die Argumente sind auf der Hand liegend, weil die Probleme so groß werden, vor allem wenn die Finanzkrise sich weiter entwickelt in diesem Tempo wie bisher, dass die nationalen Regierungen einfach viel mehr das nationale Interesse im Auge haben müssen, nationale Politik machen müssen. All das hört man immer wieder. Es würde mich interessieren, ob diese Gedanken auch in Brüssel irgendwie überlegt werden, ob sie bestehen, und ob Sie selbst dazu eine Meinung haben, ob Sie das nur als Gräuelmärchen abtun oder dahinter doch eine gewisse reale Gefahr besteht?

Frage

Dr. Vranitzky hat bei der Einleitung gesagt, dass die Vorarlberger in Bezug auf das Geld vorsichtiger umgehen als die Wiener. Das mag ja sein, dass die Alemannen mit dem Geld sehr vorsichtig umgehen. Aber in Bezug auf die Naturwissenschaften haben sie doch eine Nachhilfe aus Wien gebraucht. Der Mann mit der großen Mütze hat nicht gewusst, dass Homosexualität keine Sünde ist sondern ein ganz natürlicher Vorgang. Und das möchte ich bitten, dass das Herr Bösch denen dort sagt, dem Mann mit der großen Mütze. Weil im Wiener Stephansdom liegt der berühmteste Homosexuelle der österreichischen Geschichte, der Prinz Eugen, begraben.

Bösch

Also das mit dem Geld und mit den Alemannen. Ich sage es jetzt einfach, wie es war. Ich bin ja nicht als Haushälter auf die Welt gekommen. Als wir 1995 da beigetreten sind - ich bin übrigens das letzte Exemplar von denen, die seit 1995 dabei sind, alle anderen Kollegen sind ja dann bei der ersten Direktwahl, Maria Berger, Harald Ettl, Hannes Swoboda und ich, dazu gekommen. Ich war damals kurz ganz neu hineingewählt in den Nationalrat. Und am Anfang mussten wir, so lange wir keine Direktwahl hatten, ein nationales Mandat haben. Also wir mussten Nationalrat oder Bundesrat sein. Delegationsleiterin wurde Hilde Hawlicek, die ehemalige Kulturministerin. Die hat sich gleich einmal ein paar Ausschüsse angeschaut. Wir hatten da einen guten Ratgeber aus Österreich, der auch da ist. Das ist der heutige Leiter der EU Vertretung des Europäischen Parlaments in Wien, Mag. Hiller. Der hat uns beraten. Er hat gesagt, welche Ausschüsse wichtig sind, welche weniger. Jeder hat sich halt zwei gegriffen. Hilde hat einmal die Kultur. Dann hatten wir einen Eisenbahner, den Herrn Farthofer aus Niederösterreich. Und am Schluss sagt Wolfgang Hiller, aber da wäre noch Haushalt, der wäre auch wichtig. Dann hat die Hilde gesagt, ja, das machst du, Herbert. Also so bin ich dazu gekommen. Das war ein Buch mit sieben Siegeln. Da war wirklich der Alemanne, der halt zu spät gekommen ist. Wir sind ja nicht immer die Geschwindesten.

Zur Frage amerikanische Kommentare. Ich meine mich erinnern zu können, dass es amerikanische Kommentare gab, bevor wir den Euro eingerichtet haben. Also wenn es nach amerikanischen Kommentatoren gegangen wäre, hätten wir gar keinen Euro, den wir verlieren könnten. Ich habe mir das oft gedacht, als damals der verstorbene Herr Haider dann gelegentlich amerikanische Studien und Zeitungskommentare herausgezogen hat, wenn die so drüber schreiben,

dann muss was dran sein, dann muss der gut sein. Die Gefahr besteht. Sie sehen, wenn Europa nicht stark ist, fallen die Mitgliedsstaaten schnurstracks zurück in uralte Rezepte, die alle zusammenbringen. Da sagen die Franzosen sofort, unser Citroen und Peugeot gehören gestützt. Die Deutschen sind dran. Jeder hat seine nationalen Rezepturen. Alle zusammen werden daneben gehen. Denn ich glaube, der starke gemeinsame Markt wird sich erst richtig entfalten können und zeigen, was er kann, in der Krise. Und bitteschön, die gemeinsame Währung zeigt es heute schon. Selbst die berühmten Leserbriefschreiber werden langsam ein bisschen weniger wie blöd über den Euro reden. Wir haben vor kurzem einen Festakt gehabt, 10 Jahre Euro, da war Trichet da und Al Muna und all die wichtigen Leute auf dem Gebiet. Und von jeder Fraktion hat jemand reden dürfen im Plenum. Ich bin reingekommen, als die letzten, das waren zwei Engländer, die von dieser Antieuropalinie waren, und die haben das Pfund als großartige Einrichtung gepriesen, was für ein Klumpert der Euro sei. Es war ein richtig befreiendes Gelächter da drin. Es war wirklich eine Riesenhetz und so oft können wir uns nicht wirklich vergnügen. Aber erinnern wir uns zurück. Heute habe ich schon den starken Jacques Delors zitiert, der ja letztendlich diese Wirtschafts- und Währungsunion, das hieß WWU, entworfen hat. Am Schluss blieb nur noch das WU übrig. Ein W, nämlich die Wirtschaftsunion, ist verschwunden. Und dann haben wir so komische Krücken wie 3% Neuverschuldung und 60% vom BIP. Da hat man ganze Abhandlungen drüber geschrieben auf höchstem Niveau, ob jetzt der, der bei 2,9% zu liegen kommt, ein guter Finanzminister ist, und der bei 3,1% zu liegen kommt, dass das ein Blödmann ist. Das muss man sich einmal vorstellen, was man aus solchen Krücken also für dumme Diskussionen entwickelt hat. Was wir brauchen selbstverständlich, ist dieses zweite W. Dann hält der Laden zusammen. Wir brauchen anstatt Krücken von Maastricht eine gescheite gemeinsame Wirtschaftspolitik.

Vranitzky

Vielen Dank. Ich bedanke mich sehr und füge noch hinzu zu dem Thema Kommunikation. Meine feste Überzeugung ist, Kommunikation in der Politik darf nicht punktuell erfolgen. Das ist in Wirklichkeit eine Daueraufgabe, die immer erfolgen muss und die so automatisch erfolgen muss, dass sie gar nicht mehr als Kommunikation auffällt. Was uns - aber das ist nicht nur ein österreichisches Phänomen - bisher nicht gelungen ist, als österreichischer Europäer zu leben und die Politiker in die Schranken zu weisen, die ihr politisches Kleingeld damit wechseln, indem sie, wenn sie etwas vorzuweisen haben, sich selber in den Vordergrund rücken, und wenn es etwas zu kritisieren gibt, Brüssel, die dort in Brüssel Schuld werden lassen. Das ist nicht ausgerottet. Und das ist, wie alle interessierten Damen und Herren, täglich mitbekommen, Gang und Gäbe. Daher, glaube ich, jetzt in dieser Stufenleiter Parlament-Kommission-Rat ist der Rat eigentlich die Institution, die die Politik zu machen hat, so wie national, in einer gewissen Abstimmung mit dem Parlament. Viel zu sehr im Vordergrund steht die Kommission. Die Kommission, die kritisiert, die das Nichteinhalten von Regeln überwacht, was alles sein muss. Aber das darf nicht so allein auf der Wiese stehen. Und die Regierungen sind in Wirklichkeit die politischen Powerhouses, die Willensbilder und die Gewichtsträger. Und sie üben das zu wenig aus. Ich weiß es, weil ich selber einmal einer war.

Unser Referent hat gesagt, Barroso wird sich nichts trauen in der Landwirtschaft, weil sonst dreht ihm Sarkozy den Hals um. Das mag sein. Wenn aber die politischen Willensträger wachsam sind, dann drehen sie dem Barroso den Hals gleich wieder zurecht und lassen es nicht zu, dass einer oder eine Gruppe so stark dominiert. Jetzt weiß ich schon, Sarkozy hat gute Presse erhalten in der Zeit der französischen Präsidentschaft, weil er agil und aktiv war, proaktiv, wie man neu-deutsch sagt, und hat möglicherweise auch schon genutzt die anschließende Präsidentschaft. Trotzdem, da geistern dann solche Bilder herauf wie Europe à deux vitesses oder der innere Kern und die äußere Hülle etc. Wenn so etwas eintreten sollte, dann müssen auch die kleineren aufstehen und ihren Mann stellen. Das ist durchaus an unsere eigene Adresse zu richten und ist auch an die eigene Adresse gerichtet.

Beispielsweise die letzte Ausführung mit der gemeinsamen Währung. Ich glaube, es war Wilhelm Höpke, von dem der Satz stammt, Europa wird es geben mit einer gemeinsamen Währung oder gar nicht. Daher war das auch einer der wichtigsten Integrationsschritte nach der Maastricht Entscheidung, die Währung auch tatsächlich einzuführen. Ich schließe mich dem an, dass die Amerikaner und sehr hochgestellte Ökonomen, Friedman und andere, haben ja gesagt, das ist ein Flop und das wird es nicht geben, und haben das auch währungspolitisch zu begründen versucht, indem sie sagten, den nationalen Notenbanken wird der Spielraum, den Wechselkurs zu gestalten, abhanden kommen. Wir können um nichts froher sein, als dass es den nationalen Notenbanken diesen Spielraum gar nicht mehr gibt, weil die Schattenseite dieses Spielraums ist die Spekulation gegen die Landeswährung. Und ich würde mir nicht ausmalen wollen, jetzt in der Zeit womöglich eine Spekulation gegen den Schilling, wo die westlichen Medien sehr mobil machen gegen Österreich wegen des Ostengagements. Also wo wäre der Schilling, D-Mark oder Dollarkurs oder was immer, wenn wir den Euro nicht hätten.

Man sollte auch noch ein zweites sagen. Es ist nicht so schlecht, in der Politik auch eine Portion Selbstbewusstsein einzubringen. Bei den weniger spezialisierten Diskussionsteilnehmern hört man ja oft den Satz, wir sind Nettozahler und daher schaffen wir an. Und weil wir nicht anschaffen können, sollen wir lieber nicht Nettozahler sein. Es darf uns nichts fürchterliches passieren, als dass wir nicht Nettozahler wären. Weil Nettozahler ist ein Ausdruck, dass man wirtschaftspolitisch stärker ist als die anderen, die Nettoempfänger sind. Und was Bösch ausführte und was die Wenigsten irgendwie zur Kenntnis nehmen ist ja, dass der Nettozahler seine Nettozahlerlast mindern kann, indem er Projekte einreicht und seine Nettozahlen zurückkriegt. Und das ist in Wirklichkeit der Sinn der Sache und die Grundidee und würde auch in die jetzige Situation hervorragend hineinpassen. Ich war vor kurzem in Brüssel als Reisender. Da ist gesagt worden, warum eigentlich so wenige Projekte eingereicht werden. Und das ist wirklich ein begründeter Vorwurf oder eine begründete Kritik.

Und jetzt komme ich zum Anfang zurück. Wenn unsere Behörden, unsere Bundesregierung, aber auch die Landesregierungen, die auch Pakete geschnürt haben, gute Pakete, wenn die forsch genug wären, die Projekte einzureichen, dann könnten wir auch dieses Spiel mit den Rückflüssen des Nettozahlerseins zwar nicht kompensieren, aber jedenfalls mindern.

Ich möchte mich wirklich sehr herzlich bedanken für deine Ausführungen und auch für die Interventionen aus dem Publikum, hat doch wirklich gezeigt, dass die Prognose, es handelt sich um ein trockenes Thema, nicht eingetreten ist. Ansonsten bedanke ich mich dafür, dass Sie gekommen sind, und hoffe sehr, dass Sie uns beim nächsten Mal wieder besuchen, weil wir werden wieder einen Agenten haben und Sie werden der Prinzipal sein.